

Zusammenfassung ausgewählter Ergebnisse des Projekts „**Finanzielle Schocks in der Corona-Krise (Schock-Co)**“

Verbundpartner: Universität Mannheim (UMA), Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Leibniz-Institut für Resilienzforschung (LIR)

Projektförderung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) im Rahmen des Fördernetzwerks Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (FIS)
(Projekträger: gsub)

Kontaktpersonen:

Prof. Dr. Carmela **Aprea**, Universität Mannheim (UMA), aprea@bwl.uni-mannheim.de

Prof. Dr. Tabea **Bucher-Koenen**, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), tabea.bucher-koenen@zew.de

Dr. Donya **Gilan**, Leibniz-Institut für Resilienzforschung (LIR), donya.gilan@lir-mainz.de

Wissenschaftliche Mitarbeiter: Marius Cziriak (ZEW), Dr. Omar Hahad (LIR), Max Lohner (UMA)

„Finanzielle Schocks in der Corona-Krise (Schock-Co)“

Zusammenfassung zentraler Zwischenergebnisse

Rahmendaten

Repräsentative Befragung der deutschsprachigen, zumindest gelegentlich erwerbstätigen Wohnbevölkerung sowie Arbeitslose, Auszubildende, und Personen in Mutterschafts- oder Erziehungsurlaub bzw. in Elternzeit über 30 Jahre; $N = 1875$, 52 % weiblichen Geschlechts, mittleres Alter: 49 Jahre; Befragungszeitraum: Dez. 2020 – Jan. 2021

Hintergrund, Ausrichtung und Zielsetzung des Projekts

Die Corona-Krise ist eine außergewöhnliche Kombination aus Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftskrise. Aus Sicht der Gesamtwirtschaft handelt es sich um einen ökonomischen bzw. finanziellen Schock, der anders als bei der globalen Finanzkrise ab 2007 nicht aus dem Wirtschafts- bzw. Finanzsystem selbst kommt. Die Corona-Krise hat aber direkt oder indirekt massive finanzielle Konsequenzen nicht nur für die Unternehmen, sondern auch für die privaten Haushalte in Deutschland. Diese Konsequenzen sind in ihrem Umfang unterschiedlich verteilt. Aber über ökonomische Zusammenhänge wie z. B. die Lieferketten oder die Preisentwicklung treffen sie letztlich alle Wirtschaftssubjekte, wenn auch in unterschiedlicher Art und in unterschiedlichem Ausmaß.

Unsere Studie ist sehr umfangreich und kombiniert u.a. finanzielle Auswirkungen der Corona-Krise sowie entsprechender Verhaltensadaptionen mit psychischen Folgen und Bewältigungsstrategien. Ebenfalls haben wir nach der Inanspruchnahme sozialpolitischer Unterstützung gefragt. Über ausgewählte Befunde zu diesen Aspekten wird im Folgenden berichtet.

Aus den Daten unseres Projekts möchten wir neben dem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn auch Schlussfolgerungen für die Sozialpolitik sowie für die finanzielle Bildung ziehen, d.h. wie man am besten lernen kann, mit finanziellen Schwierigkeiten umzugehen bzw. gar nicht erst in solche zu kommen. Außerdem möchten wir Erkenntnisse für die Beratung gewinnen, also z. B. was Schuldnerberaterinnen und -berater beachten sollten, wenn Menschen in einer finanziellen Notlage zu ihnen kommen.

Finanzielle und psychische Auswirkungen sowie Bewältigungsstrategien

Mit Blick auf die **finanziellen Auswirkungen** der Corona-Krise zeigt sich in unseren Daten das folgende Bild: Etwa 27 % der Befragten berichteten über massive Änderungen in ihrer Erwerbssituation (z. B. Kurzarbeit, Arbeitsplatzverlust oder Einschränkungen bzw. Aufgabe der Selbständigkeit). Bei ca. 25 % ist das Nettoeinkommen infolge der Krise gesunken. Rund 30 % berichteten über Vermögensverluste, wovon ca. 9 % deutliche Vermögensverluste erlitten haben. Etwa 20 % der Befragten gaben an, dass sie zum Befragungszeitpunkt Schwierigkeiten hatten, finanziell über die Runden zu kommen, d.h. z. B. anstehende Anschaffungen oder bestehenden Verbindlichkeiten wie die Miete oder die Stromrechnung nicht aus den ihnen verfügbaren finanziellen Mitteln begleichen zu können. Ebenso viele mussten auf Ersparnisse oder andere Vermögenswerte zurückgreifen.

Unter sonst gleichen Bedingungen waren Frauen stärker von den finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise betroffen, etwa durch Vermögensverluste bzw. die Notwendigkeit, die Ersparnisse zur Deckung von Ausgaben auflösen zu müssen. Gleiches gilt für Haushalte mit Kindern, und hier insbesondere die Alleinerziehenden, sowie für Selbständige, Arbeitslose und geringfügig Beschäftigte.

Hinsichtlich der **psychischen Auswirkungen** lässt sich Folgendes konstatieren: Zum einen waren sowohl die Nettoeinkommenseinbußen als auch die Vermögensverringerungen mit einem hohen subjektiven Belastungserleben, gesunkener allgemeiner Lebenszufriedenheit und vermindertem Wohlbefinden assoziiert. Zum anderen machten sich die Gesamtheit der Befragten finanzielle Sorgen v. a. hinsichtlich Unternehmenspleiten, Anstieg der Arbeitslosigkeit, dauerhafter Schwächung der Wirtschaft, Inflationsanstieg und Verlagerung der Pandemie-Kosten auf nachkommende Generationen. Die Befürchtungen, weniger Geld für schöne Dinge und die finanzielle Vorsorge für die

Zukunft zu haben, waren demgegenüber nur moderat ausgeprägt. Wenig Zustimmung erhielten zudem die Sorge vor dem Verlust des Arbeitsplatzes bzw. über schlechte berufliche Perspektiven und die Angst davor, weniger Geld für lebensnotwendige Dinge zu haben oder Rechnungen nicht bezahlen zu können bzw. Schulden aufnehmen zu müssen.

Zur **Bewältigung von finanziellen Sorgen und Ängsten** setzten die Befragten v. a. die folgenden Strategien (Coping) ein: (i) Versuch, etwas Positives an der Situation zu finden, (ii) Entdecken was im Leben wichtig ist und (iii) Akzeptieren der Realität. Moderat eingesetzt wurden demgegenüber: (i) Einen Plan entwickeln, (ii) sich darauf zu konzentrieren etwas an der Situation zu verändern, (iii) etwas zu unternehmen, um auf andere Gedanken zu kommen und (iv) sich abzulenken. Wenig angewandt wurden Copingstrategien wie (i) Rat oder Hilfe von anderen zu suchen, (ii) sich selbst zu kritisieren bzw. sich Vorwürfe zu machen, (iii) zu beten/meditieren, (iv) offen zu zeigen, wie schlecht es einem geht, (v) sich einzureden, dass das alles nicht wahr ist, (vi) Essen, Alkohol und/oder andere Mittel zu konsumieren, (vii) professionelle Beratung oder Unterstützung zu suchen sowie (viii) aufzugeben, sich mit finanziellen Problemen zu beschäftigen. Betrachtet man jene Personen, die von den finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise in Form von gesunkenen Nettoeinkommen oder Vermögensverlusten betroffen waren, so fällt auf, dass diese Personen vermehrt vermeidendende bzw. dysfunktionale Bewältigungsstrategien (Vermeidung von Gedanken über Finanzen oder Ablenkung durch Medien oder Genussmittel) anwandten.

Inanspruchnahme sozialpolitischer Unterstützungsmaßnahmen

Aus den Ergebnissen unserer Erhebung geht hervor, dass 9,2 % der Befragten staatliche Unterstützungen im Rahmen der Corona Maßnahmen in Anspruch genommen haben. Für die Inanspruchnahme dieser Leistungen sind Einkommenseinbußen bedeutender als Vermögensverluste – im Falle von Einbußen in beiden Dimensionen liegt die Inanspruchnahme bei knapp 24 %, im Falle von Einkommenseinbußen ohne Vermögensverluste bei 25 %, bei reinen Vermögenseinbußen oder ohne Verluste hingegen bei je knapp 5 %. Betrachtet man nur jene Haushalte, die Unterstützungen im Rahmen der Corona-Krise in Anspruch nahmen, ergibt sich folgendes Bild: 51 % derjenigen, die Unterstützung in Anspruch nahmen, hatten Einkommens- und Vermögensverluste, nur knapp 28 % hingegen gar keine finanziellen Einbußen.

Weitere Analysen der Inanspruchnahme sozialpolitischer Unterstützungen zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme unter Personen im Alter von über 50 Jahren niedriger ist im Vergleich zur jüngeren Bevölkerung im Alter zwischen 30 und 49, und die Inanspruchnahme unter Selbstständigen höher ist als bei Personen ohne oder in abhängiger Beschäftigung.

Betrachtet man die genutzten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen genauer, so zeigt sich, dass das Kurzarbeitergeld und das Bonus-Kindergeld am weitesten verbreitet waren. Über 50 % bzw. über 30 % der Personen, die staatliche Unterstützungen in Anspruch nahmen, haben diese Leistungen erhalten. Bei dieser Betrachtung zeigt sich zudem die höhere Inanspruchnahme unter Selbstständigen: die am dritthäufigsten genutzte Maßnahme waren die sogenannten Corona-Soforthilfen, die von mehr als 15 % derjenigen genutzt wurden, die Unterstützungen in Anspruch nahmen, wobei jedoch nur 10 % der Gesamtstichprobe angegeben haben, Selbstständig zu sein.

Richtet man den Blick auf jene Personen, die keine staatliche Unterstützung in Anspruch nahmen, fällt zunächst auf, dass knapp 80 % dieser Gruppe angaben, die Unterstützungen nicht wahrgenommen zu haben, da sie keinen Bedarf dafür hatten (71 % bezogen auf die gesamte Stichprobe). Gleichzeitig ist auch eine große Gruppe erkennbar (19 % der Gesamtstichprobe), die die Leistungen nicht in Anspruch nahm, obwohl dafür möglicherweise Bedarf bestanden hätte. Die Gründe hierfür sind vielfältig – etwa weil angenommen wurde nicht berechtigt zu sein (knapp 15 % der Gesamtstichprobe, *Mehrfachnennungen möglich*), weil nicht klar war wie man diese Unterstützungen erhalten kann (4 %), weil der bürokratische Aufwand zu hoch erschien (3 %), weil es zu unangenehm war danach zu fragen (3 %), weil die Personen niemals staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen würden (3 %) oder aus anderen Gründen (unter 1 %). Der ungedeckte Bedarf an staatlicher Unterstützung zeigt sich insbesondere unter Alleinerziehenden, geringfügig Beschäftigten oder Personen ohne oder nur mit gelegentlicher Beschäftigung.